

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Stadtratskolleginnen und Kollegen,
werte Mitarbeiter der Verwaltung der Stadt Amberg und deren Tochterunternehmen,
werte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Amberg,

der Haushaltsentwurf 2021 und die Finanzplanung 2022 bis 2024 wurden von der Verwaltung erarbeitet, im Hauptausschuss vorberaten und stehen heute zur Beschlussfassung im Stadtrat an. Aus Sicht der ÖDP-Fraktion dazu einige Anmerkungen:

Coronapandemie:

Meine Damen und Herren, auch wenn es noch nicht zu Ende ist, das Jahr 2020 wird uns allen in Erinnerung bleiben, dafür hat die weltweite Corona-Pandemie gesorgt. Was mit wenigen Meldungen über eine neue Lungenerkrankung im chinesischen Wuhan zum Jahresanfang begann, hat sich zu einer globalen Herausforderung für uns alle entwickelt. Kein Bereich unseres Alltagslebens blieb unberührt, ob in Familie, Freundes- und Bekanntenkreis oder im Berufsleben – Corona hat überall für tiefgreifende Veränderungen gesorgt.

Am 15. März war die Kommunalwahl, ab dem 16. März war es mit dem gewohnten Alltag vorbei, erstmalig nach dem Krieg wurde bayernweit der Katastrophenfall ausgerufen. Durch die getroffenen Maßnahmen und das vernünftige Verhalten der ganz überwiegenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ist es gelungen, die Infektionskurve im Frühjahr soweit abzufachen, dass in Bayern und in Deutschland Triage-Situationen im Gesundheitssystem vermieden werden konnten. Und auch jetzt in der zweiten Welle scheint es uns gemeinsam zu gelingen, die Infektionszahlen im Zaum zu halten und die Funktionsfähigkeit unserer Krankenhäuser aufrechterhalten zu können.

Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihre Beachtung der AHA+L-Regeln dazu ihren Beitrag leisten, ich danke allen Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen, insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich, für ihren Einsatz und all den besonders betroffenen Berufstätigen und Unternehmen, die für uns alle zusätzliche Einschränkungen auf sich nehmen müssen. Herzlichen Dank dafür.

Überhaupt kein Verständnis habe ich dagegen für die sogenannten „Querdenker“ und ihrem Gefolge bis hinein ins rechtsextremistische Lager. Wer von „Fake-Pandemie“, von „Verbrechen an der Menschheit“, von „Ermächtigungsgesetz“ und von „Corona-Diktatur“ spricht, wer wie bei der Beratung des Bevölkerungsschutzgesetzes im Deutschen Bundestag versucht, die Parlamentarier an der Ausübung ihres freien Mandats zu hindern und damit ein Verfassungsorgan nötigt, stellt sich selbst außerhalb des demokratischen Spektrums und macht sich gemein mit Feinden unserer Verfassung und Demokratie. Als Demokratinnen und Demokraten ist es unsere Aufgabe, diesen Extremisten konsequent entgegen zu treten – keine Toleranz der Intoleranz.

Die Corona-Pandemie zeigt, wie sinnvoll und zielführend es ist, nicht nur in Krisenzeiten die Aussagen und Empfehlungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ernst zu nehmen. Freilich sind Wissenschaften immer auch lernende Systeme. Der heutige Stand der Wissenschaften ist nicht "die endgültige Wahrheit für alle Zeiten". Aber Alternativen zu Erkenntnissystemen, die auf aktuellen wissenschaftlichen Beweisen beruhen, stehen entweder nicht zur Verfügung oder sie sind von recht zweifelhafter Qualität – um es vorsichtig auszudrücken...

Das recht verstandene, kritische Vertrauen in "Wissenschaft als lernendes Systems" sollte nicht nur in der Pandemie erfolgen, sondern auch auf die globalen Krisen wie Artensterben, Klimaüberhitzung und Bekämpfung von Hunger und Armut übertragen werden. Einen Impfstoff gegen das Corona-Virus wird es wohl in naher Zukunft geben.

Einen Impfstoff gegen die Klima- und Biodiversitätskrise und gegen Hunger und Armut werden wir jedoch nie bekommen. Diese Krisen werden wir nur bewältigen, wenn die Politik so entschlossen handelt wie in der Corona-Krise.

Der Haushalt 2021 und die Finanzplanung 2022 bis 2024:

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushalt 2021 und die Finanzplanung 2022 bis 2024 sind solide, risikobewusst, sicherheitsorientiert und generationengerecht. Dank der ausgeglichenen Haushalte der Vorjahre – die oft geschmähte schwarze Null lässt grüßen – und des konsequenten Schuldenabbaus sind wir jetzt in der Lage, die finanziellen Lasten der Corona-Pandemie zu tragen.

Nach der Hauptausschusssitzung zum Haushalt 2021 habe ich den Kollegen Mußemann gefragt, ob es nach seiner Erinnerung schon einmal vorgekommen ist, dass ein Haushaltsentwurf der Verwaltung vom Stadtrat gekürzt worden ist. Kollege Mußemann hat das verneint, es ist also erstmalig so, dass durch den Antrag von CSU und ÖDP der Verwaltungsentwurf um 2,24 Mio. € gekürzt und damit die Neuverschuldung auf unter 10 Mio. € gesenkt werden konnte. Und wir machen das nicht aus Jux und Tollerei, sondern aus Gründen der Gefahrenvorsorge, um in Corona-Zeiten finanziell handlungsfähig zu bleiben.

Zu einer soliden Haushaltspolitik gehört, dass man zu Haushaltsanträgen auch Deckungsvorschläge unterbreitet, so wie es in Art. 66/I der Bayerischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 22/I unserer Geschäftsordnung gefordert wird. Frau Fruth, meine Damen und Herren von der SPD, es ist einfach zu billig, in der Hauptausschusssitzung die Generalsanierung der Willmannschule zu fordern und dann den Kämmerer zu fragen, wo denn dafür die 10 Mio. € versteckt sind. Wenn Sie 10 Mio. € zusätzlich ausgeben wollen, müssen Sie entweder sagen, wo Sie sparen wollen – ich weiß, das wird nie passieren – oder Sie müssen die Neuverschuldung um 10 Mio. € erhöhen. Diese zusätzliche Verschuldung in der aktuell völlig unsicheren Situation wäre unverantwortlich.

Einzelhandelsentwicklungskonzept (EHEK):

Und weil wir gerade dabei sind, meine Damen und Herren von der SPD, auch in Sachen Einzelhandelsentwicklungskonzept gilt es der Legendenbildung vorzubeugen. EHEK – ein sperriger Begriff. Worum geht es überhaupt? Das EHEK

dient dazu, die Ansiedlung bzw. den weiteren Ausbau von zentrenrelevanten Sortimenten auf der grünen Wiese zum Schutz der Innenstadt möglichst zu vermeiden. Das EHEK ist das wirksame Instrument, um unsere Altstadt als attraktive Einkaufslage zu erhalten. Das EHEK ist wirksam, weil dadurch zum Beispiel ein weiteres Fachmarktzentrum auf dem Zinkl-Areal verhindert wurde.

Und jetzt ein kurzer Werbeblock: Das EHEK wurde im Mai 2010 von der ÖDP beantragt, im Juli 2011 vom Stadtrat beschlossen und im Januar 2015 vom Stadtrat fortgeschrieben.

Und jetzt zur Legendenbildung: In Ihrem SPD-Antrag haben Sie nicht etwa gefordert, das EHEK zu aktualisieren bzw. konsequenter anzuwenden, Sie haben beantragt, „das Einzelhandelskonzept für die Stadt Amberg abzuschaffen.“ Zitat Ende. Frau Fruth, im AZ-Bericht vom 21.11.2020 beschweren Sie sich ja, dass die CSU in der Sache so emotional über Sie hergefallen sei und fordern, „ein Non-Food-Verbot auf der grünen Wiese durchzusetzen.“

Erstens, Frau Fruth, haben Sie eine solche Forderung in Ihrem Antrag überhaupt nicht erhoben, im Gegenteil, Sie haben beantragt, das EHEK abzuschaffen. Zweitens wurden Sie dafür nicht nur vom Kollegen Schöberl kritisiert, sondern von allen übrigen Mitgliedern des Hauptausschusses, Kollege Wilhelm hat beispielsweise für die konsequente Anwendung des EHEK plädiert.

Und Kollege Dr. Schöberl hat recht mit seiner Aussage: „Wenn man in der Corona-Zeit einen Sargnagel in die Innenstadt einschlagen will, dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um das Einzelhandelskonzept abzuschaffen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Verkehrswende Bike und Ride-Anlage (B+R-Anlage):

Meine Damen und Herren, die ÖDP-Fraktion hat eine B+R-Anlage beantragt als Teil der Verkehrswende und zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts. Ich darf an den ÖDP-Antrag zum Haushalt 2020 zur Finanzierung des Radverkehrskonzepts erinnern, wodurch die verfügbaren Haushaltsmittel dafür auf eine halbe Million Euro jährlich aufgestockt wurden.

Der Bund und der Freistaat Bayern fördern B+R-Anlagen durch verschiedene Programme mit einer Übernahme von 90 Prozent der förderfähigen Kosten. Unser Antrag sieht eine moderne, nutzerfreundliche B+R-Anlage für 100 Fahrräder vor. Von den Gesamtkosten in Höhe von 100.000.- € werden 90.000.- € durch Fördermittel abgedeckt, der Eigenanteil der Stadt in Höhe von 10.000.- wird aus den Haushaltsmitteln für das Radverkehrskonzept gedeckt.

Man beachte die gewaltige Hebelwirkung: für jeden Euro, den die Amberger Bürgerinnen und Bürger selbst in diese Bike-und-Ride-Anlage stecken, können zehn Euro investiert werden.

Klinikum St. Marien:

Last, but not least, einige Anmerkungen zu unserem Kommunalunternehmen Klinikum St. Marien. Ich beziehe mich auf die Ausführungen unseres Vorstandes

Herrn Wendl in der Stadtratssitzung vom 28. September dieses Jahres. An dieser Stelle zuerst ein ganz herzlicher Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Klinikums für ihre lebenswichtige Arbeit, die durch Corona wieder deutlicher ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist.

Herr Wendl, in Ihrem Geschäftsbericht haben Sie überzeugend dargelegt, dass unser Klinikum ebenso wie andere Krankenhäuser strukturell unterfinanziert ist, sowohl was die Investitionen betrifft, als auch, was den laufenden Betrieb angeht.

Ein Beispiel gefällig: Die Krankenhausförderung in Bayern ist von 650 Mio. € im Jahr 1990 auf bis zu 450 Mio. € Anfang der 2000er Jahre abgeschmolzen und zuletzt wieder auf 650 Mio. € im Jahr 2019 angestiegen – nominal der gleiche Betrag wie im Jahr 1990 – kaufkraftbereinigt im Vergleich zum Jahr 1990 ist das aber nur ein Betrag von 400 Mio. €. Faktisch muss das Klinikum bzw. die Stadt Amberg als Gewährträger bei Investitionen ein Viertel der Kosten übernehmen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben zu recht gefordert, dass die duale Finanzierung der Krankenhäuser durch Krankenkassen und Freistaat nicht zu einer Dreierfinanzierung einschließlich der Stadt Amberg ausgeweitet werden darf. Die Corona-Pandemie zeigt, dass eine ausschließlich betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise im Krankenhausbereich ebenso wie im übrigen Gesundheitssystem unser Gesundheitswesen insgesamt gefährdet.

Es darf doch nicht die Überlegung sein, die Behandlungsangebote in unserem Klinikum nach dem aktuellen Vergütungssystem auszurichten und vermeintlich unrentable Bereiche abzubauen bzw. ganz zu schließen. Die Herangehensweise muss genau umgekehrt erfolgen. Die zentrale Frage lautet: Welche Bereiche muss das Klinikum als Schwerpunktversorger abdecken? Wenn diese Frage beantwortet ist, muss die duale Finanzierung durch Krankenkassen und Land gesichert werden. Übrigens gilt das auch für das Kommunalunternehmen KKH Sulzbach-Rosenberg und Auerbach als Grund- und Regelversorger.

Herr Oberbürgermeister, sie haben ja eine neue Initiative gestartet, um die Zusammenarbeit der beiden Kommunalunternehmen zu verbessern, dafür vielen Dank. Die Koordination dieser Zusammenarbeit wäre eigentlich ebenfalls Aufgabe der Krankenhausplanung durch den Freistaat. Leider findet eine solche Planung aber überhaupt nicht statt.

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam mit den anderen kommunalen Trägern in der Oberpfalz alle Bundes- und Landtagsabgeordneten vor Ort mit der strukturellen Unterfinanzierung unserer Krankenhäuser konfrontieren und zwar öffentlichkeitswirksam. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe als kommunale Mandatsträger. Und daneben müssen die Parteien mit Abgeordneten in Berlin und München auf der Parteischiene ihre MdBs und MdLs ins Gebet und in die Pflicht nehmen – auch wenn das nicht so angenehm ist wie einer der üblichen Presseterminale für eine neue Ortsumgehung oder die Übergabe eines Förderbescheides. Der Bund muss die Regelungen für die Finanzierung der Betriebskosten so anpassen, dass diese vollständig gedeckt werden und der Freistaat muss die Fördermittel so anheben, dass die notwendigen Investitionen voll gefördert werden.

Meine Damen und Herren, das sind wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Klinikum schuldig.

Danksagung:

Meine Damen und Herren,
zum Schluss darf ich mich im Namen der ÖDP-Fraktion bei allen bedanken, die über Parteigrenzen hinweg gute Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie der Stadt getroffen haben. Bedanken darf ich mich auch bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und bei der Amberger Presse für die Berichterstattung über unsere Arbeit.

Danken darf ich unserem Kämmerer, Herrn Jens Wein, und seinem Team, namentlich dem Leiter des Haushalts- und Steueramts, Herrn Josef Weigert mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die Erstellung des Haushalts 2021 und für die Erläuterungen bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs in den Fraktionen.

Und ich danke dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion Dr. Matthias Schöberl und den Damen und Herren der CSU-Fraktion für die konstruktive Zusammenarbeit in diesen herausfordernden Zeiten. Als Sie Ende März die Initiative für unsere Zusammenarbeit ergriffen haben, waren diese finanziellen Einschnitte noch nicht absehbar. Wir haben aber keine Schönwetter-Zusammenarbeit vereinbart, sondern eine bürgerlich-ökologische Gestaltungsmehrheit, die sich auch in finanziellen Schlechtwetterperioden bewährt – und den Beweis für diese Bewährung liefern wir heute.

Abstimmung:

Herr Oberbürgermeister! Wie im Hauptausschuss bereits angekündigt, stimmt die ÖDP-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2021 ebenso zu wie der Finanzplanung 2022 bis 2024, auch wenn in der Finanzplanung zum Haushaltsausgleich neue Schulden unvermeidlich sind.

Dem Haushalt der Otto-Karl-Schulz-Stiftung einschließlich der Finanzplanung haben wir ja bereits zugestimmt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez.
Klaus Mrasek
Fraktionsvorsitzender

Verteiler:

1x CSU-Fraktion
1x SPD-Fraktion
1x Grüne

1x ÖDP
1x FW
1x Amberg bunt
1x FDP
1x Protokoll
1x Presse AZ
1x Presse AN